



### **Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Frau Sengül Senol	DIE LINKE
Herr Klaus Hoffmann	Freie Wähler Köln
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Dr. Winfried Gellner	SPD
Herr Till Kniola	SPD
Frau Karin Reinhardt	CDU
Herr Dr. Ulrich Soénius	CDU
Frau Maria Spering	GRÜNE
Frau Friederike van Duiven	GRÜNE
Herr Lorenz Deutsch	FDP
Frau Maren Friedlaender	FDP
Frau Monika Ruiten	DIE LINKE
Herr Ludwig von Rautenstrauch	

### **Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerinnen und Bürger**

Frau Dr. Heike Gregarek
Herr Dr. Reinhard Heinemann

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Ute Palm	Behindertenvertretung	
Frau Maria Blank	Seniorenvertretung	in Vertretung für Herrn Klehn
Stadtverwaltung Marco Malavasi	LSVD OV Köln	

### **Verwaltung**

Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander	Dezernat für Kunst und Kultur
Herr Andreas Füser	Medienstabsstelle
Herr Dr. Konrad Schmidt-Werthern	Kulturamt
Herr Roderich Stumm	Dezernat für Kunst und Kultur
Herr Michael Troost	Museumsreferat

### **Schriftführer**

Herr Uwe Freitag	Dezernat für Kunst und Kultur
------------------	-------------------------------

### **Presse**

### **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Detlef Alsbach pro Köln

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Jeane von Oppenheim CDU

Frau Rita Krause pro Köln

### **Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerinnen und Bürger**

Frau Prof. Dr. Barbara Schock-Werner Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerin

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Herr Gert Klehn Seniorenvertretung

Vorsitzende Dr. Bürgermeister merkt an, dass die Kölner Tanz- und Theaterpreise von der Kulturstiftung vergeben worden seien. Sie hebt hervor, dass die Produktion "Petersberg I", Futur3 in Zusammenarbeit mit der Freihandelszone gleich zwei Preise erhalten habe. Dies sei aller Ehren wert und sie möchte im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur dazu gratulieren.

Beigeordneter Prof. Quander macht auf die vorliegende Tagesordnung mit den entsprechend gekennzeichneten zu- oder abgesetzten Tagesordnungspunkten aufmerksam und weist auf folgende Tischvorlagen hin:

Für den Ausschuss Kunst und Kultur liegt unter TOP 4.1.1 die Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend „Auszahlung von Fördermitteln an die Freie Kunstszene“ zur Kenntnisnahme vor.

Unter dem Tagesordnungspunkt 6.7 wurde die Beschlussvorlage „Gewährung von Zuschüssen für die Erhaltung sonstiger Sakralbauten“ vorgelegt. Er weist darauf hin, dass die erforderliche Mitzeichnung des Stadtdirektors in der Funktion des Kämme-rers hierfür erst am Freitag, den 3.12.2010 erfolgt sei.

Die Vorlage zur „Fortführung des museumspädagogischen Sonderprojektes ‚Wallraf – Der Museumsbus‘“ wurde unter TOP 6.10 umgedruckt und ebenfalls als Tischvorlage verteilt.

Außerdem liegt im nichtöffentlichen Teil unter TOP 18.5 die Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Frau Brunn, bezüglich des im Kölner Stadtanzeiger betitelten Artikels „Privater Rachezug“ vor.

Ebenfalls für den nichtöffentlichen Teil wurde eine Mitteilung des Liegenschaftsdezernates bezüglich der „städtischen Liegenschaft Niehler Straße 102-158, ehemaliges Clouth-Gelände“ als Tischvorlage vorgelegt.

Er merkt an, dass unter dem Tagesordnungspunkt 5.2 der Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend "Benennung einer Straße/eines Platzes nach Irene Ludwig" vorliegt. Seiner Ansicht nach bestehe für diesen Antrag kein Grund diesen als Dringlichkeitsantrag zu behandeln, da ein entsprechender Antrag für die nächste Sitzung des Rates eingebracht worden sei.

Der Ausschuss nimmt die Änderungen zur Tagesordnung zur Kenntnis, stimmt zu und beschließt folgende

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 2 Schwerpunktthemen**
- 3 Kulturbauten**
- 4 Schriftliche Anfragen**
  - 4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke Köln betreffend "Auszahlung von Fördermitteln an die Freie Kulturszene"  
AN/2281/2010
    - 4.1.1 Anfrage der Fraktion Die Linke betr. Auszahlung von Fördermitteln an die Freie Kunstszene (AN/2281/2010)  
hier: Antwort der Verwaltung  
5127/2010
- 5 Schriftliche Anträge**
  - 5.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Kulturregion Rhein"  
AN/2193/2010
  - 5.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend "Benennung einer Straße/eines Platzes nach Irene Ludwig"  
AN/2294/2010
- 6 Allgemeine Vorlagen**
  - 6.1 Jahresbericht 2009  
4172/2010
  - 6.2 Köln - Stadt der Vielfalt  
Sachstandsbericht und Vorgehensvorschlag zur Erarbeitung eines städtischen Diversity-Konzeptes  
3130/2010
  - 6.3 Aufstellung der Steinskulptur "In die Zukunft horchend", des Künstlers Michael Schwarze vor der Kunsthandlung Goyert, Hahnenstr. 18 auf dem dortigen Gehweg  
3366/2010

- 6.4 Filmkulturförderkonzept  
4857/2010
- 6.5 Tanzförderkonzept  
4858/2010
- 6.6 Aufbringung eines "Totentanzes" von Harald Naegeli  
4707/2010
- 6.7 Gewährung von Zuschüssen für die Erhaltung sonstiger Sakralbauten  
4493/2010
- 6.8 Mitgliedschaft der Stadt Köln im "Filmforum NRW e.V"  
4741/2010
- 6.9 Abmilderung der Kürzungen für institutionelle Förderung  
hier: Entscheidung über die Mittelverwendung  
4995/2010
- 6.10 Fortführung des museumspädagogischen Sonderprojektes "Wallraf - Der Museumsbus"  
4507/2010
- 7 Sonderausstellungen**
- 8 Annahme von Schenkungen**
- 9 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 10 Mitteilungen der Verwaltung**
- 10.1 Standortfrage Rheinische Musikschule  
4555/2010
- 10.2 20. Cologne Conference  
4734/2010
- 10.3 Gründung des Vereins "Kulturen in Köln e. V."  
4982/2010
- 10.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage des Ratsmitglieds Frau Sengül Senol zum Tagesordnungspunkt 6.1 "Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft" (1346/2010)  
5035/2010

10.5 Niederschrift der 2. Sitzung des Kunstbeirates in der Ratsperiode 2009 - 2014  
am 18.11.2010  
5051/2010

10.6 Archäologische Zone/Jüdisches Museum Köln; Beantwortung einer Anfrage  
der SPD-Fraktion aus der Sitzung des Kulturausschusses vom 9.11.2010  
5052/2010

**11 Mündliche Anfragen**

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **12 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

### **13 Schwerpunktthemen**

### **14 Schriftliche Anfragen**

### **15 Schriftliche Anträge**

### **16 Allgemeine Vorlagen**

### **17 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

### **18 Mitteilungen der Verwaltung**

18.1 Überlassung von Räumen/Immobilien aus dem Fiskalbesitz für kulturelle Nutzungen  
3564/2010

18.2 Städtebauförderungsmaßnahme Kölner Filmhaus e. V.  
4537/2010

18.3 Prüfbericht Vergabe der Verwaltung von Atelierräumen sowie Gewährung von Investitionskostenzuschüssen zum Ausbau von Atelierräumen  
4568/2010

18.4 Neuausrichtung des Kulturbunker Köln-Mülheim e. V.  
4994/2010

18.5 Privater Rachefeldzug  
4588/2010

18.6 Städt. Liegenschaft Niehler Str. 102 - 158, 50733 Köln, ehem. Clouth - Gelände  
5145/2010

### **19 Mündliche Anfragen**

### **20 Mündliche Mitteilungen**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

### **2 Schwerpunktthemen**

### **3 Kulturbauten**

### **4 Schriftliche Anfragen**

#### **4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke Köln betreffend "Auszahlung von Fördermitteln an die Freie Kulturszene" AN/2281/2010**

##### **4.1.1 Anfrage der Fraktion Die Linke betr. Auszahlung von Fördermitteln an die Freie Kunstszene (AN/2281/2010) hier: Antwort der Verwaltung 5127/2010**

Frau Ruiten fragt -unter Verweis der Punkte 2 und 3 der Beantwortung- in welcher Höhe die Fördermittel ausgezahlt worden seien und welche noch zur Auszahlung anstehen. Zu Punkt 4 der Beantwortung fragt sie, warum die entsprechende Beschlussvorlage noch nicht gefertigt worden sei. Unter Punkt 5 werde darauf hingewiesen, dass die Höhe der im Hpl. 2010/2011 für das Hj. 2011 vorgesehenen Zweckbindungen aus den Erläuterungen im Teilplan 0416 - Kulturförderung zu entnehmen sei. Diese weisen jedoch nicht die erbetene detaillierte Förderung der freien Kulturszene aus. Im Übrigen erwarte sie bezüglich der Projekte einen aktuellen Sachstand. Sie weist außerdem darauf hin, dass die Freie Szene dringend darauf warte für 2011 planen zu können.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern weist darauf hin, dass im Rahmen des Doppelhaushaltes die Möglichkeit bestehe, Auszahlungen für 2011 vorzunehmen. Dies geschehe auf der Grundlage dessen, was im Finanzausschuss und im Rat beschlossen worden sei. Insofern könne er die Einschätzung von Frau Ruiten global nicht teilen. Er verweist auf den Tagesordnungspunkt 6.9 und erklärt, dass in der Anlage zur Beschlussvorlage die einzelnen Beträge, welche die Zuschussempfänger im Jahr 2010 erhalten, sehr detailliert aufgelistet seien. Aus dieser Anlage lasse sich außerdem entnehmen, welche Zuschussempfänger man im kommenden Jahr institutionell fördern wolle. Er macht deutlich, dass es bezüglich des Erhalts von Projektförderungen Fristen gebe und diese am 31. Dezember enden. Demnach könne er nicht wissen, welche Anträge noch in diesem Jahr für das nächste Jahr eingehen. Die entsprechenden Beratungen werden nicht vor Ende Januar beendet sein. Hierbei handele es sich um Entscheidungen, die man seitens der Verwaltung begutachte und danach ggf. durch die Beiräte votiert werden müssen. Er weist auf erschwerte Umstände für 2010 hin, weil der Haushalt erst in der vergangenen Woche durch die Regierungspräsidentin genehmigt worden sei. Außerdem gebe es für 2010 am 10. Dezember einen Kassenschluss, welcher verhindere, dass danach noch ausgezahlt werden könne.



Zudem sei man gehalten, die Verteilung der Mittel aus der zugesetzten 1 Mio. dem Finanzausschuss nach Vorberatung im Ausschuss Kunst und Kultur vorzulegen.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

## **5 Schriftliche Anträge**

### **5.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Kulturregion Rhein" AN/2193/2010**

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist darauf hin, dass der Antrag aus dem Rat in den Ausschuss Kunst und Kultur verwiesen und dort im Rahmen einer aktuellen Stunde bereits ausgiebig diskutiert worden sei. Sie würde es als Aufforderung auffassen, dass die Verwaltung dem Ausschuss Kunst und Kultur, im Verlauf eines halben Jahres, über den Sachstand der geführten Gespräche mit der Stadt Bonn berichte.

Beigeordneter Prof. Quander berichtet, dass die Diskussion durch den Bonner Oberbürgermeister und dessen Vorschlag, im Bereich der Oper zu kooperieren entfacht worden sei. Er weist darauf hin, dass es, unabhängig von der Frage, was man sonst im kulturellen Bereich in der Region gemeinsam machen könne, diesbezüglich bereits zwei erfolglose Anläufe mit der Tanzkompagnie und der StadtBibliothek gegeben habe. Er weist darauf hin, dass hier allerdings ein Klärungsprozess seitens der Stadt Bonn von Nöten sei. Sobald es dort zu klaren Perspektiven komme, sei man zu Gesprächen bereit. Er begrüßt den Vorschlag, regelmäßig über den Stand der Dinge zu diskutieren. Es handle sich hierbei auch um eine Frage, welche in den beteiligten Städten auf politischer Ebene geklärt werden müsse.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister fügt hinzu, dass Politik und Verwaltung gleichermaßen gefordert seien.

RM Dr. Elster zeigt auf, dass die von seiner Fraktion angeregte Aktuelle Stunde so zu verstehen sei, dass dieses Thema ebenfalls in Köln in den entsprechenden Gremien behandelt werde und nicht nur in der Öffentlichkeit. Er kritisiert in diesem Zusammenhang die Vorgehensweise des Bonner Oberbürgermeisters. Er schlägt vor, dass der Ausschuss Kunst und Kultur eine Initiative auf der Basis der Erkenntnisse der Aktuellen Stunde aus der letzten Ratssitzung starte und nicht nur die Verwaltung halbjährlich über das Thema berichten zu lassen. Es habe Einigkeit darüber bestanden, dass eine Zusammenarbeit für die gesamte Region positiv sein könne. Deshalb müsse seines Erachtens die Politik und die Verwaltung das Thema aufgreifen und ein entsprechendes Konzept entwickeln.

RM von Bülow wirft ein, dass die Aktuelle Stunde nicht in die Verwaltung verwiesen worden sei, sondern in den Ausschuss Kunst und Kultur. Es liege demnach an der Politik, in welcher Weise man die Gespräche fortführe. Der Auftrag an die Verwaltung sei der nächste Schritt.

Beigeordneter Prof. Quander vertritt die Auffassung, dass die Diskussion nicht von Kölner Seite her dominiert werden sollte. Da Köln die größte Stadt in der Region sei, stehe man stets in Verdacht der Hecht im Karpfenteich zu sein. Er rät dazu, einen solchen Prozess unter externer Moderation durchzuführen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister befürwortet es, die Gespräche fortzuführen bzw. anzubieten. Sie bemerkt, dass dies ein sensibles Thema sei, mit dem man in der Vergangenheit keine guten Erfahrungen gemacht habe. Sie schlägt weiter vor, dass sich die

Politik hier untereinander verständige, um die Initiativen des weiteren Verlaufes abzuklären.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt, dass die Verwaltung dem Ausschuss Kunst und Kultur im Verlauf eines halben Jahres über den Sachstand der geführten Gespräche mit der Stadt Bonn berichtet.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**5.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend "Benennung einer Straße/eines Platzes nach Irene Ludwig"  
AN/2294/2010**

**Beschluss:**

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit der Begründung, dass ein gleichlautender Antrag in der nächsten Sitzung des Rates behandelt werde, vor Eintritt in die Tagesordnung abgewiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Hinweis:

Ein Vertreter der antragstellenden Fraktion ist nicht anwesend.

**6 Allgemeine Vorlagen**

**6.1 Jahresbericht 2009  
4172/2010**

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, die Vorlage formal zu vertagen und die Vorschläge der Verwaltung abzuwarten, wie man mit dem Controlling der Anträge künftig umgehe.

Herr Kniola fragt nach dem elektronischen Studio des WDR. Er bedauert, dass dies seit geraumer Zeit der Szene nicht zugänglich sei. Er fragt, ob es hierzu einen neuen Sachstand gebe, schließlich sei Bestandteil des Musikförderkonzeptes und des Kulturentwicklungsplanes dies als Kulturgut zu erhalten.

Kulturamtsleiter Schmidt-Werthern weist darauf hin, dass das elektronische Studio des WDR ein umfängliches technisches Gerät sei, welches nicht so einfach zu bespielen sei und letztlich einer musealen Bearbeitung bedürfe. Die Planungen hierfür seien zwar vorangekommen, aber man müsse sehr viel Geld in die Hand nehmen, um dies entsprechend umzusetzen. Er macht deutlich, dass die geschätzten Investitionskosten zwischen 300.000 und 500.000 EUR liegen, um diesen Ort einzurichten. Dies sei bei der momentanen Haushaltslage leider nicht möglich.

RM von Bülow fragt, wann das Konzept zum Umgang mit Stiftungen und Schenkungen vorgelegt werde. Bezüglich des jährlichen Kulturberichts für Köln sei in der Anlage vermerkt, dass durch die Beschlussfassung des Kulturentwicklungsplanes für 2009

kein Kulturbericht über die Freie Szene vorgelegt werde. Sie fragt, ob für 2010 ein Kulturbericht erstellt werde.

Beigeordneter Prof. Quander berichtet, dass ein Vorschlag der Kulturverwaltung zum Konzept der Förderer seit einiger Zeit fertig gestellt sei, hierzu fehle jedoch die einheitliche Verwaltungsmeinung. Zum Kulturbericht der Freien Szene erklärt er, dass dieser, rückblickend auf 2010, im kommenden Jahr vorgelegt werde.

Er weist abschließend darauf hin, dass es noch Gespräche zwischen dem Oberbürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden geben werde, um bezüglich des Jahresberichtes ein möglichst einheitliches Verfahren für alle Ausschüsse zu finden. Sobald die entsprechenden Informationen vorliegen, mache er hierzu einen Vorschlag für den Ausschuss Kunst und Kultur.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt die Verwaltung zu bitten, einen Vorschlag für ein sinnvolles Berichtswesen zu entwickeln.

Gleichzeitig wird die Verwaltung darum gebeten, zukünftig die aktualisierten Berichte zeitnah vorzulegen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **6.2 Köln - Stadt der Vielfalt Sachstandsbericht und Vorgehensvorschlag zur Erarbeitung eines städtischen Diversity-Konzeptes 3130/2010**

Herr Malavesi weist darauf hin, dass das Thema in der letzten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender diskutiert worden sei. Grundsätzlich begrüße er die Erstellung des Diversity-Konzeptes. Er bedauert jedoch, dass man das Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft und das Diversity-Konzept, parallel und unabhängig voneinander in den politischen Gremien behandelt und es kaum Querverbindungen gebe. Er habe außerdem festgestellt, dass die Umsetzung der Mehrdimensionalität sehr wohlwollend dargestellt werde. Er begrüßt den Beschluss des Integrationsrates, das Thema Vielfalt mehr in den Vordergrund rücken zu wollen und zu verdeutlichen, dass letztlich alle Zielgruppen miteinander arbeiten müssen. Aus Sicht der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender sei Integrationspolitik eine Querschnittsaufgabe und eine mehrdimensionale Aufgabe. Wenn dies getrennt voneinander betrachtet werde, bestehe die Gefahr, dass man verschiedene Gruppierungen gegeneinander ausspiele. Dies müsse verhindert werden und deshalb weise er darauf hin, dass Interkulturalität nicht immer eine Internationalität bedeute, sondern es in Deutschland verschiedene Kulturen gebe.

Frau Brunn schlägt vor, sich dem anzuschließen und zeigt auf, dass dies Konsequenzen für die Fortschreibung beider Konzepte haben müsse.

RM Dr. Elster unterstützt den Beitrag von Herrn Malavesi, möchte das gesamte Thema jedoch zunächst mit seiner Fraktion diskutieren, bevor darüber abschließend ein Beschluss gefasst werde.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister zeigt auf, dass die Beschlussvorlage dem Rat vorgelegt werde und durchaus in den Fraktionen, mit den dokumentierten Ergebnissen aus

den Fachausschüssen, diskutiert werden könne. Sie hält fest, dass der Ausschuss Kunst und Kultur das Konzept wohlwollend unterstütze.

RM Uckermann weist darauf hin, dass im Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft in keiner Form etwas über die Diskriminierung von homosexuellen Zuwanderern dargestellt sei. Er bemerkt, dass es seines Erachtens in Köln Kulturen gebe, welche teilweise in ihren Strukturen starke Vorurteile gegen diese Personen habe.

Herr von Rautenstrauch bemerkt, dass der Begriff Diversity-Konzept ein Ungetüm darstelle. Es müsse seines Erachtens entweder Konzept der Vielfalt oder Diversity-Concept heißen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, die Vorlage mit den entsprechenden Anmerkungen des Ausschuss Kunst und Kultur in den Rat zu verweisen.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss Kunst und Kultur verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig – gegen die Stimme von pro Köln – zugestimmt.

### **6.3 Aufstellung der Steinskulptur "In die Zukunft horchend", des Künstlers Michael Schwarze vor der Kunsthandlung Goyert, Hahnenstr. 18 auf dem dortigen Gehweg 3366/2010**

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bemerkt, dass die hierfür zuständige Bezirksvertretung die Sache bereits beschlossen habe. Ihre Fraktion sei davon ausgegangen, dass die Sache damit im Prinzip erledigt sei.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass dies unter anderem mit einem Antrag aus der letzten Sitzung zusammenhänge. Hier habe der Kulturausschuss beschlossen, auf die Beratung der Vorlage zu verzichten, unter der Voraussetzung, dass der Kunstbeirat und die Bezirksvertretung der Aufstellung einer Steinskulptur vor der Kunsthandlung Goyert zustimmen. Der Kunstbeirat habe dies jedoch abgelehnt, so dass nun der Ausschuss Kunst und Kultur über die Vorlage beraten und diese anschließend der Bezirksvertretung Innenstadt erneut zum Beschluss vorgelegt werden müsse.

Unter dieser Voraussetzung schlägt Vorsitzende Dr. Bürgermeister vor, die Behandlung des Tagesordnungspunktes zu vertagen, da seitens ihrer Fraktion Beratungsbedarf bestehe.

Beigeordneter Prof. Quander macht darauf aufmerksam, dass der Ausschuss Kunst und Kultur generell darauf verzichten könne, eine Stellungnahme abzugeben.

Auf Anfrage von Herrn Knieps erläutert er, dass die Stellungnahme des Kunstbeirates der Vorlage als Anlage beigefügt sei.

Herr Knieps zeigt auf, dass die Ablehnung des Kunstbeirates nicht künstlerisch intendiert sei, sondern eher den Standort betreffe.

Frau Reinhardt hält die Begründung des Kunstbeirates für nicht überzeugend. Schließlich ginge es hier nicht um eine neue Aufstellung, sondern um eine Fortset-

zung, da die zerstörte Skulptur ersetzt werden soll. Der Vorschlag des Kunstbeirates, dort lediglich eine temporäre Aufstellung zuzulassen erscheine ihr, in Anbetracht der Kosten die dadurch verursacht würden, eher unrealistisch. Sie weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung Innenstadt einstimmig der Aufstellung der Steinskulptur zugestimmt habe. Es interessiert sie allerdings, welche wesentlichen Gründe es dafür gegeben habe. Grundsätzlich neige ihre Fraktion dazu der Vorlage zuzustimmen, habe aber Verständnis dafür, dass dies in den Fraktionen beraten werden müsse.

Frau Brunn spricht sich dafür aus, die Entscheidung der Bezirksvertretung Innenstadt zu überlassen und seitens des Ausschusses Kunst und Kultur auf ein Votum zu verzichten. Es müsse ihres Erachtens dringend Kriterien für die Aufstellung von Kunst im öffentlichen Raum geben. Hierzu fehle ein entsprechendes Konzept, welches parallel mit dem Masterplan Innenstadt abgestimmt sein müsste.

Frau van Duiven macht deutlich, dass der Kunstbeirat sehr wohl über die künstlerischen Qualitäten diskutiert habe. Außerdem habe Kunst im öffentlichen Raum immer etwas mit dem Standort zu tun. Dies sei dem Protokoll zu entnehmen und auch der Grund für die Ablehnung. Sie halte es für wichtig, den Kunstbeirat zu stärken. Sie plädiert dafür, das Urteil des Kunstbeirates entsprechend ernst zu nehmen und nicht darüber hinwegzusehen, um die Entscheidung der Bezirksvertretung zu überlassen.

Herr Sörries fragt, ob die Kunsthandlung überhaupt bereit sei, die Skulptur an einer anderen Stelle aufzustellen.

Auf Nachfrage von Herrn Sörries erläutert Beigeordneter Prof. Quander, dass beide Gremien parallel getagt haben. Der Kunstbeirat habe das Thema zu Beginn der Sitzung behandelt, um das Ergebnis sofort der Bezirksvertretung Innenstadt übermitteln zu können. Diese habe sich allerdings, trotz des negativen Votums des Kunstbeirates, für die Aufstellung entschieden. Über einen alternativen Standort sei bisher nicht nachgedacht worden.

RM Dr. Elster pflichtet grundsätzlich dem Vorschlag von Frau Brunn bei. Er gibt jedoch zu bedenken, dass man mit diesem Verfahrenstrick das Votum des Kunstbeirates ignoriere. Er schließt sich deshalb dem Vorschlag der Vorsitzenden Dr. Bürgermeister an, eine erneute Beratungsfolge durchzuführen.

Herr von Rautenstrauch fragt, wer den Kunstbeirat bestelle und warum dieser nicht im Ausschuss Kunst und Kultur vertreten sei.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass die Mitglieder des Kunstbeirates vom Rat bestellt werden. Herr Prof. Kaiser sei aus der Mitte des Kunstbeirates zum Vorsitzenden gewählt worden. Er schlägt vor, dass er sich in der kommenden Sitzung dem Ausschuss Kunst und Kultur vorstellt und das Votum zur Aufstellung der Steinskulptur vertritt.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss Kunst und Kultur vertagt die Beratung in die nächste Sitzung.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **6.4 Filmkulturförderkonzept 4857/2010**

Beigeordneter Prof. Quander berichtet, dass die Strukturförderung der Planungssicherheit über drei und nicht vier Jahre diene und bittet darum, diesen Schreibfehler auf Seite 11 des Filmkulturförderkonzeptes zu entschuldigen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister zeigt auf, dass man mit den einzelnen Förderkonzepten eine größere Planungssicherheit in den jeweiligen Bereichen und Sparten anstreben wolle. Es sei ein wichtiger Schritt, wenn Filmkultur im Kulturschaffen dieser Stadt insgesamt stärker wahrgenommen werde, da es sich um eine wichtige Sparte für die Kultur- und Medienstadt handle. Sie hofft, dass man mit diesem Konzept dazu beitrage, dass sich die Filmkultur besser in der Öffentlichkeit positionieren könne. Man müsse sich darüber verständigen, wann ein solches Konzept evaluiert werde. Von dem Bereich Film und Medien seien verschiedene Ämter in der Verwaltung betroffen und sie geht davon aus, dass diese untereinander abgestimmt handeln. Ihre Fraktion erhoffe sich, dass man entsprechende Mittel hierfür beim Land NRW einwerben könne, um das Filmkulturschaffen in dieser Stadt noch stärker zu positionieren.

RM Dr. Elster bemerkt, dass Konzepte dieser Art wichtig seien, um nach vorne zu kommen, allerdings fehlen die entsprechenden finanziellen Mittel hierfür. Was dem Kulturamt an finanzieller Ausstattung zur Verfügung stehe, sei im Vergleich zu Festivals in anderen Städten nahezu lächerlich. Wenn man in Köln einen Schwerpunkt für die Filmkultur setzen wolle, müsse man in den kommenden Jahren dafür sorgen, dass hierfür Geld bereit gestellt werde, weil Kultur eine kommunale Angelegenheit sei. Der Verweis auf das Land sei seines Erachtens eine Art Hoffnungsschimmer am Horizont. Er schlägt vor, das Filmkulturförderkonzept zunächst laufen zu lassen, um zu sehen was mit der Finanzausstattung bewegt werden könne. Es handle sich hierbei um einen wesentlichen Baustein des Kulturentwicklungsplanes der sich sukzessiv aufbaue, um die Kulturstadt Köln zu fördern. Ansonsten spricht er sich im Namen seiner Fraktion für das Filmkulturförderkonzept aus.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes schlägt vor, dass die Filmsparte für Köln noch besser beworben und unterstützt werde. Dies ziele eventuell in die Richtung des Wirtschaftsausschusses, um noch mehr Filmemacher auf Köln aufmerksam zu machen.

RM von Bülow äußert sich positiv über das Filmförderkonzept. Sie macht darauf aufmerksam, dass die vier parallel veranstalteten Filmfestivals im Herbst bereits gezeigt haben, dass es die Stadt der Vielfalt und das Diversity-Konzept gebe. Von daher begrüße sie das Konzept und die entsprechende Umsetzung des Kulturentwicklungsplanes.

Auf Anfrage von Herrn Soénus erläutert Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern, dass der Beirat sich aus drei Experten sowie dem Kulturdezernenten bzw. einem von ihm benannten Vertreter zusammensetze. Ein Vertreter werde von KINOaktiv e.V bzw. durch die lokale Filmkulturszene vorgeschlagen und ein weiterer Experte durch das Kulturamt. Hierbei sollte es sich um Personen handeln, die in der Filmkultur erfahren seien und den Blick auf Köln von Außen haben und im Sinne der Gemeindeordnung nicht Befangen seien.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten beschließt das als Anlage 1 beigefügte Filmkulturförderkonzept und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der dargestellten Maßnahmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig – bei Enthaltung der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

**6.5 Tanzförderkonzept  
4858/2010**

Die Beschlussvorlage wurde zurückgestellt und wird in der nächsten Sitzung behandelt.

**6.6 Aufbringung eines "Totentanzes" von Harald Naegeli  
4707/2010**

**Beschluss:**

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt der Bezirksvertretung Innenstadt die Annahme folgenden Beschlusses:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt, auf die Außenseite der neu errichteten Mauer zur Jabachstraße des Cäciliengartens des Museum Schnütgen wird durch den Künstler Harald Naegeli ein „Totentanz“ aufgesprüht.

Der Stadt Köln entstehen durch die Aktion keine Kosten.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**6.7 Gewährung von Zuschüssen für die Erhaltung sonstiger Sakralbauten  
4493/2010**

**Beschluss:**

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt die Gewährung folgender Zuschüsse zur Erhaltung von Sakralbauten an die Evangelische Gemeinde Köln:

1. Geusenfriedhof, Kerpener Str., Köln-Lindenthal,  
5.000,00 Euro
2. Evangelischer Friedhof, Berg.Gladbacher Str.86, Köln-Mülheim,  
5.000,00 Euro
3. Synagogengemeinde Köln für das Friedhofsverwaltungsgebäude,  
Venloer Str.-1152, Köln-Ehrenfeld  
3.000,00 Euro

Die Haushaltsmittel in Höhe von 13.000,00 Euro stehen im Teilergebnisplan 1002 –Denkmalpflege-, Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen-, Haushaltsjahr 2010 zur Verfügung

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**6.8 Mitgliedschaft der Stadt Köln im "Filmforum NRW e.V"  
4741/2010**

RM Uckermann lehnt die Mitgliedschaft der Stadt Köln ab. Er betont, dass dies zwar wünschenswert sei, aber man müsse seines Erachtens, im Hinblick auf die finanzielle Situation und den zur Verfügung stehenden Mitteln, zunächst die Kernaufgaben erledigen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist darauf hin, dass man soeben das Filmförderkonzept beschlossen habe und die Mitgliedschaft der Stadt Köln im „Filmforum NRW e.V.“ eine fortsetzende Aufgabe dessen sei.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

- 1) Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Mitgliedschaft der Stadt Köln ab 01.01.2011 von einem Vertreter der Stabsstelle Medien wahrgenommen wird.
- 2) Der Rat beschließt weiterhin, dass der Mitgliedsbeitrag in Höhe von 10.000,-- Euro p.A. haushaltsneutral aus den verfügbaren Mitteln aufgewendet werden soll. Die Deckung erfolgt zulasten der im Teilergebnisplan 1501 - Wirtschaft und Tourismus - in Teilplanzeile 15 veranschlagten Transferaufwendungen..

Die Mittel stehen durch die Verringerung der Miete für das Büro „Mediencluster NRW“ von mindestens 10.000,-- Euro ab 2011ff zur Verfügung.

- 3) Der Rat nimmt die neue Satzung des Vereins „Filmforum NRW e.V.“ und die darin beschriebene besondere Rolle des Museum Ludwig zustimmend zur Kenntnis.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig - gegen die Stimme der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

## **6.9 Abmilderung der Kürzungen für institutionelle Förderung hier: Entscheidung über die Mittelverwendung 4995/2010**

RM Senol fragt, was mit erheblichen Kürzungen bei der Gewährung von Projektkostenzuschüssen gemeint sei und bittet darum, dies genauer darzustellen.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern erinnert in diesem Zusammenhang an die beiden Mitteilungen betreffend „Kürzungen in 2010“, die dem Ausschuss Kunst und Kultur in den Sitzungen am 11. Mai und am 13. Juni 2010 vorgelegt worden sei. Insbesondere in der Mitteilung vom Mai 2010 sei detailliert dargestellt worden, wie sich die Kürzungen auf die einzelnen Projekte im Jahr 2010 auswirken. Er erklärt, dass die wesentlichen Kürzungen in diesem Jahr bei den Projekten und Projektmitteln erfolgt seien.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister merkt an, dass es sich im Prinzip um die Umsetzung der Beschlüsse zum Doppelhaushalt handele. Hier ginge es um die Verwendung der zugesetzten 75.000 EUR für die Freie Szene. Alles andere sei im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse verabschiedet worden.

RM von Bülow zeigt sich irritiert bezüglich der Darstellung in Anlage 1 über den Zuschuss für die Kölner Gesellschaft für neue Musik und erklärt, dass sich ihr dies in der Systematik nicht erschließe. Sie fragt, ob es sich um einen Abschreibfehler handele, oder sich dahinter eine Aufstockung verberge.

Die stellvertretende Kulturamtsleiterin Gerner erklärt, dass die Kölner Gesellschaft für neue Musik in 2009 eigentlich einen geringeren Zuschuss bekommen habe. Diesen habe man zum Haushalt 2010 durch finanzneutrale Umschichtungen aufgestockt und danach seien die Kürzungsquoten in Kraft getreten. Es handele sich daher um keinen Rechenfehler. Auf Nachfrage von RM von Bülow erklärt sie weiter, dass man nach den Förderrichtlinien keine Fixkostenzuschüsse und Projektkostenzuschüsse für die



gleichen Empfänger bewilligen dürfe. Dies sei zum Haushaltsjahr 2010, bevor es eine Kürzungsquote gab, bereinigt worden und deshalb rechnerisch schwer nachvollziehbar. Sie bietet an, jeden einzelnen Schritt für die Kölner Gesellschaft für neue Musik gesondert nachzuweisen.

Frau Ruiten fragt, ob man die Ansatzzahlen der Liste für 2011, wenn diese fortgeführt werde, zu Grunde gelegt habe. Außerdem fragt sie, inwieweit die Empfehlungen des Theaterbeirates dabei eine Rolle spielen.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern erklärt, dass die die vorliegende Vorlage nur mittelbar etwas mit dem Theaterbeirat zu tun habe. Die Frage der Konzeptionsförderung müsse vom Rat separat entschieden werden. Allerdings sei die Höhe der Konzeptionsförderung davon abhängig, wie viele Mittel im Haushalt 2011 ff zur Verfügung stehen. Eine genaue Aufteilung der Mittel für die Konzeptionsförderung könne erst erfolgen, nachdem es einen Beschluss über die Haushaltsmittel 2011 gebe. Die Ansatzzahlen für 2011 ergeben sich aus der Fortschreibung des Haushaltes 2010, minus der Erhöhung, die man gehabt habe, allerdings inklusive der Kürzungsvorschläge der Task-Force und plus der 1 Mio. EUR, die von dieser Kürzung weggenommen wurde. Dies bedeute letztendlich, dass man eine geringere Kürzung habe, als ursprünglich für 2011 vorgesehen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Finanzausschuss die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Finanzausschuss beschließt die Verwendung der in seiner Sitzung am 27.09.2010 für das Hj. 2010 im Teilplan 0416 – Kulturförderung bei Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen bereitgestellten zahlungswirksamen Aufwendungen in Höhe von 75.000 € gem. der als Anlage 1 beigefügte Übersicht.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**6.10 Fortführung des museumspädagogischen Sonderprojektes "Wallraf - Der Museumsbus"  
4507/2010**

**Beschluss:**

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat beschließt die Mittelverwendung zur Finanzierung einer Stelle Museumspädagoge/in VGr. II hD BAT beim Museumsdienst der Stadt Köln zur Fortführung des museumspädagogischen Sonderprojektes „Wallraf - Der Museumsbus“ bis zum 31.12.2011. Die Finanzmittel stehen zur Verfügung im Teilplan 0411, TPZ 11 – Personalaufwendungen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**7 Sonderausstellungen**

**8 Annahme von Schenkungen**

**9 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**10 Mitteilungen der Verwaltung**

**10.1 Standortfrage Rheinische Musikschule  
4555/2010**

Herr Fuser von der Stabsstelle Medien im Wirtschaftsdezernat berichtet, dass mit den Initiatoren Luxet und der Rheinischen Musikschule Gespräche geführt worden seien. Beide können sich vorstellen, dass ehemalige Rautenstrauch-Joest-Museum gemeinsam zu nutzen. Außerdem gebe es stadtinterne Gespräche bezüglich der Berechnung der Kosten einer Sanierung des Gebäudes und wie sich eine Umnutzung des Raumes, entsprechend eines gemeinsamen Nutzungskonzeptes, kostenmäßig darstelle. Parallel dazu gebe es interessierte Investoren, die das Gebäude kulturwirtschaftlich nutzen wollen. Mit den Investoren finden momentan Besichtigungen statt, wonach diese sich äußern wollen, ob ein weitergehendes Interesse bestehe. Er weist darauf hin, dass die unterschiedliche Berichterstattung in der Kölner Presse nur teilweise richtig sei. Es bestehe das Interesse eines Kinobetreibers aus Hamburg dort ein Kino einzurichten, allerdings wolle er das Gebäude nicht alleine nutzen. Dieser habe jedoch einen Partner, welcher wiederum ein Investor sei. Hierzu finde zeitnah ein Ortstermin statt. Er merkt an, dass es zum jetzigen Zeitpunkt zu früh sei, irgendwelche Entscheidungen zu treffen. Er habe mit dem Rautenstrauch-Joest-Museum gesprochen und dabei erfahren, dass ein Umzug des Depots frühestens im Herbst 2011 durchgeführt werden könne, so dass das Haus voraussichtlich erst Mitte 2012 komplett leer stünde und zur Verfügung stehe. Die Verwaltung wolle zunächst eine verlässliche Planung erarbeiten, um der Politik zeitnah eine Konzeption und Zahlen vorzulegen, wie eine Nutzung des Gebäudes aussehen könnte, welche Alternativen es gebe und welche Investoren tatsächlich Interesse hätten. Danach könne man darüber diskutieren, welche Konstruktion für die Stadt Köln letztendlich die Beste sei.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden Dr. Bürgermeister erklärt er, dass die Gebäudewirtschaft und das Liegenschaftsamt eigene Berechnungen aufstellen werden. Er schätzt, dass man im März einen Zwischenstand in Form einer Mitteilung vorlegen könne.

Herr von Rautenstrauch hält die Verbindung zwischen der Rheinischen Musikschule und Luxet für sinnvoll, weil diese das Gebäude vielfältig nutzen könne, was beispielsweise ein Kino alleine in dieser Form nicht könne. Er spricht sich gegen die Überlegung aus, das Gebäude nicht kulturell zu nutzen und weist darauf hin, dass dies der Stadt Köln von seiner Familie als Ausstellungsstätte und Heim für eine kulturelle Stiftung geschenkt worden sei. Hierfür gebe es zu seinem Bedauern keine juristische Basis. Er zeigt im Übrigen auf, dass ein Verkauf des Gebäudes in seinem jetzigen Zustand für den Haushalt nicht viel einbringen würde. Das Haus müsse jedoch instandgesetzt werden. In diesem Zusammenhang sei von 15 Mio. EUR die Rede gewesen. Dieser Betrag sei seines Erachtens im Verhältnis zum Gesamtetat von 3,5 Milliarden eher gering. Vor allen Dingen, wenn man die bevorstehenden Jahre betrachte, wo mit einer aufstrebenden Wirtschaft und dementsprechend höheren Gewerbe- und sonstigen Steuereinnahmen zu rechnen sei. Er bittet darum bei der Aussage zu bleiben, dass dieses Gebäude der kulturellen Nutzung weiterhin erhalten bleibe.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister erwidert, dass 15 Mio. EUR, in Anbetracht der vielen Aufgaben die man aus dem Kulturbereich vor sich habe, kein geringer Betrag sei. Allerdings halte sie eine kulturelle Nutzung des Gebäudes für erstrebenswert.

RM von Bülow fragt ob es möglich sei, dem Ausschuss Kunst und Kultur das scheinbar existierende gemeinsame Konzept der Musikschule und Luxet zeitnah zur Verfügung zu stellen. Sie befürwortet, dass zum jetzigen Zeitpunkt mit der Planung begonnen werde. Eine Mitteilung über den Zwischenstand im März 2011 erscheint ihr jedoch als zu spät.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes bemerkt, dass sie die Aussage von Herrn Füser so verstanden habe, dass die Ermittlung der Kosten, sowohl für die Sanierung als auch für einen eventuellen Verkauf, einige Wochen dauern werde. Nebenbei bestehe die Möglichkeit, dass es für das Projekt mit der Rheinischen Musikschule einen Investor gebe. Insofern sei es wichtig, dass man die entsprechenden Zahlen der Politik zeitnah vorlege.

Herr Dr. Wackerhagen schließt sich der Aussage von Herrn Rautenstrauch an und ist der Auffassung, dass eine kulturelle Nutzung des Gebäudes im Vordergrund stehen sollte und der Ausschuss Kunst und Kultur hierzu eine eindeutige Haltung vertreten solle.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist darauf hin, dass bereits sehr frühzeitig über eine Nachnutzung diskutiert worden sei und der Ausschuss Kunst und Kultur bereits eine gemeinsame Nutzung von Luxet und der Rheinischen Musikschule angeregt habe. Es sei positiv zu bemerken, dass die Verwaltung dies umgesetzt habe, indem entsprechende Gespräche geführt worden seien. Sie hält es allerdings für schwierig, anhand dieser Mitteilung darüber zu debattieren. Sie bittet die Verwaltung, die Anregung des Ausschusses Kunst und Kultur aufzugreifen, über dieses Thema zügig konkreter zu diskutieren und gleichzeitig zu prüfen, ob man das entsprechende Konzept zeitnah vorlegen könne.

RM Dr. Elster betont, dass seine Fraktion eine kulturelle Nutzung befürworte und eine andere Nutzung zum jetzigen Zeitpunkt kategorisch ablehne.

Der Vertreter der Stabsstelle Medien im Wirtschaftsdezernat, Herr Füser erklärt, dass es eine dreiseitige Erklärung von Luxet und der Rheinischen Musikschule bezüglich einer gemeinsamen Nutzung gebe. Diese beinhalte die Aussage, ein gemeinsames Konzept zu entwickeln. Er weist darauf hin, dass die Verhandlungen noch nicht beendet seien und bisher kein Konzept für eine gemeinsame Raumnutzung vorliege. Es sei in den Gesprächen angedeutet worden, wie dies aussehen könne. Hierbei sei vereinbart worden, dass gemeinsam mit Fachleuten der Stadt Köln (Gebäudewirtschaft, Liegenschaftsamt) und den Vertretern von Luxet sowie der Rheinischer Musikschule ein Raumkonzept erstellt und berechnet werde.

Bezüglich der Berechnungen berichtet er, dass zunächst die Kosten des Hochwasserschutzes und für die Grundsanierung von der Gebäudewirtschaft ermittelt werden müssen. Dies geschehe unabhängig von einer weiteren Nutzung. In einem zweiten Schritt könne die finanzielle Fragestellung bezüglich des Raumkonzeptes erfolgen. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass das Gebäude erst Ende 2011 bzw. Anfang 2012 geräumt sei und zur Verfügung stehe. Momentan seien die Depots mit Kunst- und Wertgegenständen des Rautenstrauch-Joest-Museums gefüllt und deshalb könne man notwendige Untersuchungen noch nicht ausführen.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **10.2 20. Cologne Conference 4734/2010**

Vorsitzende Dr. Bürgermeister spricht ihren Glückwunsch zur 20. Cologne Conference aus und hält es für bemerkenswert, dass diese sich bereits sehr lange auf diesem Markt halte. Sie fragt, inwieweit dieser Event in der Öffentlichkeit wahrgenommen werde. Die Cologne Conference sei eine wichtige Veranstaltung für den Wirtschaftsstandort, als Branche und möglicherweise auch für das öffentliche Publikum interessant.

Frau Brunn zeigt auf, dass es neben der Filmkulturförderung noch andere Förderungen und Möglichkeiten gebe. Dies könne man dem umfangreichen Bericht entnehmen. Sie nennt in diesem Zusammenhang das Festival „Großes Fernsehen“. Wenn man betrachtet, wie viele zahlende Besucher tatsächlich in den Vorstellungen der Cologne Conference gewesen seien, dann sei dies im Verhältnis zum Finanzaufwand eine eher geringe Zahl. Sie fragt sich, ob man nicht darüber nachdenken sollte, die Cologne Conference und „Großes Fernsehen“ nicht wieder zusammenzufassen und stattdessen die vielen kleinen Festivals stärker fördern könnte, um damit eventuell mehr zu erreichen.

Herr von Rautenstrauch fragt, ob hiervon der Kultur- oder der Wirtschaftshaushalt betroffen sei.

Beigeordneter Prof. Quander antwortet, dass dies den Wirtschaftshaushalt bzw. die Medienstabsstelle betreffe.

Der Vertreter des Wirtschaftsdezernates Herr Füser erläutert, dass sich durch den landespolitischen Wechsel einige Parameter verschoben haben und man mit dem neuen Direktor der Landesanstalt für Medien, der neuen Geschäftsführung bei der Filmstiftung NRW und einem neuen Medienstaatssekretär neue Ansprechpartner beim Land habe. Es stehe ganz oben auf der Tagesordnung, die großen Veranstaltungen wie beispielsweise „Großes Fernsehen“, „Medienforum“ oder auch „Games.com“ und die Cologne Conference, stärker abzugrenzen und zu positionieren, um damit an der einen oder anderen Stelle Einsparungen zu erzielen oder Gelder für andere Aktivitäten freizuschaukeln. Das Ziel sei nach wie vor, dass das Land sich wieder stärker beteilige und man dadurch die städtische Beteiligung herunterfahren könne.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **10.3 Gründung des Vereins "Kulturen in Köln e. V." 4982/2010**

Vorsitzende Dr. Bürgermeister hebt hervor, dass ihre Fraktion dies für eine begrüßenswerte Initiative halte. Sie wünscht dem Verein viel Erfolg für die geplante Arbeit.

RM Senol weist darauf hin, dass der Verein sich vorgenommen habe, die Handlungsempfehlung der integrativen Gesellschaft umzusetzen. Sie fragt, ob es seitens der Verwaltung eine finanzielle Unterstützung gebe.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern antwortet, dass die Stadt Köln grundsätzlich keine zusätzlichen Mittel für die Umsetzung des Integrationskonzeptes zur Verfügung stellen könne. Allerdings sei die Bildung des Vereins, das erste Ergebnis dieses Integrationskonzeptes. Dies sei seitens der Kulturverwaltung gemeinsam mit der Sozialverwaltung vorangetrieben und zum Abschluss gebracht worden. Inwieweit der Verein Anträge stellen werde, wisse er nicht und dies werde sich zeigen. Er geht davon aus,

dass der Verein „Kulturen in Köln e.V.“ eine Management- und Vernetzungsfunktion in der interkulturellen Szene übernehmen werde, so dass es eventuell nicht notwendig sei Projektanträge zu stellen.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage des Ratsmitglieds Frau Sengül Senol zum Tagesordnungspunkt 6.1 "Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft" (1346/2010)  
5035/2010**

Frau Senol möchte wissen, welche interkulturellen Projekte der Freien Szene in welcher Höhe 2010 durch das Kulturamt gefördert worden seien. In der Beantwortung sei die Rede von dem Förderkonzept für interkulturelle Kunstprojekte, welches 2008 vom Kulturausschuss verabschiedet worden sei. Sie fragt, ob man dies dem Ausschuss Kunst und Kultur zur Verfügung stellen könne. Außerdem stehe in der Beantwortung, dass ein Bericht über die Praxis der ersten zwei Jahre nach Verabschiedung des "Förderkonzepts interkulturelle Kunstprojekte" dem Ausschuss Kunst und Kultur vorgestellt werde. Sie fragt, wann dies der Fall sein werde.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister regt an, das Konzept allen Fraktionen zur Verfügung zu stellen da dies in der letzten Ratsperiode verabschiedet worden sei. Dies sei wichtig, um festzustellen, welche Kriterien dort formuliert worden seien.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern stellt dar, dass man zum Ende des ersten Quartals darüber berichten könne, welche Projekte in diesem Jahr gefördert worden seien.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.5 Niederschrift der 2. Sitzung des Kunstbeirates in der Ratsperiode 2009 - 2014 am 18.11.2010  
5051/2010**

Frau Brunn begrüßt, dass sich der Kunstbeirat mit dem Konzept „Kunst im öffentlichen Raum“ beschäftigt habe und ein entsprechendes Konzept in Gang setzen wolle. Hierbei sollte ein Teil des Konzeptes parallel für den Masterplan Innenstadt entwickelt werden, damit man in Zukunft Kriterien habe, wie man diesen gestalten wolle.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister befürwortet, dass man bezüglich des Steinmosaiks von Joseph Fassbender eine Lösung gefunden habe, damit dies erhalten werde. Sie fragt, ob der Rechtsnachfolger des Künstlers mit der Veränderung des Mosaiks einverstanden sei.

Beigeordneter Prof. Quander bejaht dies.

Frau van Duiven bezieht sich auf das Kunstwerk Ma'alot, worüber sich der Kunstbeirat ebenfalls geäußert habe und schlägt vor, eine Grundlage dafür zu schaffen den Künstler einzuladen, damit er mit den Beteiligten Gespräche führen könne.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass er mit dem Beigeordneten Streitberger, bei dessen Dezernat die Federführung hierfür liege, bereits gesprochen habe. Dieser habe ausgesagt, dass er mit dem Künstler Kontakt aufgenommen habe. Es werde versucht, ihn in die Neugestaltung des Platzes einzubeziehen, weil mit technischen Mitteln das Problem nicht zu lösen sei und man die urheberrechtlichen Belange ebenso

berücksichtigen müsse. Dies könne nur der Künstler selbst vornehmen, weil es zu Veränderungen des Konzeptes kommen werde. In welcher Form dies geschehe, könne er momentan nicht sagen.

Herr Dr. Soénius schlägt vor, dass Herr Karavan vom Oberbürgermeister nach Köln eingeladen werde, um sich vor Ort den jetzigen Zustand seines Kunstwerks anzuschauen und im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung dazu Stellung zu beziehen. Dies sei seines Erachtens für das Image für Köln wesentlich bedeutsamer, denn es handele sich um einen weltweit bekannten Künstler. Er bittet den Kulturdezernenten darum, dies im Stadtvorstand vorzuschlagen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister unterstützt den Vorschlag, den Künstler nach Köln einzuladen. Sie begrüßt, dass der Kunstbeirat dies befürworte und diesbezüglich Bewegung in die Sache komme. Sie bittet darum, die Anregungen und Anmerkungen entsprechend zu kommunizieren.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **10.6 Archäologische Zone/Jüdisches Museum Köln; Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion aus der Sitzung des Kulturausschusses vom 9.11.2010 5052/2010**

Frau Brunn weist darauf hin, dass nach dem Sachstand der Regionale 2010 und dem Bericht des Projektkoordinators gefragt worden sei. Dieser Bericht sei bisher noch nicht vorgelegt worden. Der Presse sei zu entnehmen, dass es offensichtlich Differenzen bezüglich des Projektstandes gebe. Demnach habe es Anregungen des Projektkoordinators gegeben, wie das Projekt weitergeführt werden sollte. Sie kritisiert, dass dies dem Ausschuss vorenthalten worden sei. Sie erinnert daran, dass man vor einem Jahr darauf gedrängt habe, die Beauftragung einer Kommunikationsagentur auszusprechen, in der Hoffnung, dass diese bis zur Regionale 2010 auch wirklich zur Verfügung stehe. Nun sei die Kommunikationsagentur zwar beauftragt, die Regionale 2010 aber zu Ende. Ihres Erachtens benötige man die Kommunikationsagentur und deren Ergebnis trotzdem. Es sei nicht in Ordnung, dass die Archäologische Zone im Rahmen der Regionale 2010 in der Form gar nicht vorgekommen sei, weil die Öffentlichkeitsarbeit nicht funktioniert habe. Außerdem sei die Frage, ob es ein Projektcontrolling gebe, nicht beantwortet worden. Zudem interessiert sie, wie sich die zuständige Bodendenkmalbehörde zu dem Bauantrag geäußert habe und wer in diesem Fall seitens der Verwaltung dafür zuständig sei.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass in diesem Fall der Oberbürgermeister als Leiter der Verwaltung mit der entsprechenden Fachabteilung zuständig sei. Die Zuständigkeit der Archäologischen Zone für die Bodendenkmäler ist durch eine Verfügung des Oberbürgermeisters 2006 auf diese übertragen worden. Im Übrigen nimmt bei allen Bodendenkmälern in Köln die Stadt Köln die Funktion als obere und untere Denkmalbehörde wahr. Zu den Grabungskosten muss die Beantwortung der Anfrage insoweit korrigiert werden, dass die Projektförderung durch die Bezirksregierung bewilligt worden sei.

Der Leiter des Planungsreferates Stumm erklärt, dass es eine Presseveröffentlichung der Regionale-Agentur gegeben habe, welche nicht mit dem Ministerium und der Stadt Köln abgestimmt worden sei. Hierauf habe die Verwaltung in einer Pressekonferenz reagiert. Inzwischen habe die Regionale-Agentur, nachdem sowohl das Bauministerium als auch die Agentur darum gebeten worden sei, die Handlungsversäumnis-

se formal mitgeteilt, wobei sich das Bauministerium zu den erbetenen konkretisierten Vorwürfen nicht geäußert habe. In Absprache mit dem Büro des Oberbürgermeisters werde man an die Regionale-Agentur und das Bauministerium offensiv herantreten. Bezüglich des Projektkoordinators erläutert er, dass sich von vorne herein die Frage aufgetan habe, welche Aufgabenstellung er erhalten solle. Schließlich gebe es bereits eine aufwändige Projektorganisation. Man habe eine wissenschaftliche Projektleitung in Form der Archäologischen Bodendenkmalpflege und die Gebäudewirtschaft, welche seitens des Kulturdezernates als Bauherr einen Vertrag als Projektsteuerer und Projektleiter erhalten habe. Dies beantworte auch die Frage des Controllings. In Absprache und auf Wunsch des Ministeriums wurde ein Koordinator installiert, mit dem Ziel, das komplexe Verhältnis und die Aufgaben der drei Projektpartner besser zu steuern. Das Ergebnis war auch für den Projektkoordinator unbefriedigend, so dass er im Frühjahr an den Kulturdezernenten herangetreten sei, um mit ihm über die Aufgabenstellungen zu diskutieren. Ein externer Kostensteuerer wurde als sinnvoll erachtet. Auf Vorschlag des Kulturdezernenten müsse zunächst die gesicherte Gesamtfinanzierung abgewartet werden. Herr Stumm weist darauf hin, dass insgesamt 22 Mio. EUR von den Gesamtkosten in Höhe von 48 Mio. EUR fehlen. Wenn man wisse, ob und wie das Projekt fortgeführt werde, setze man sich mit dem Projektkoordinator in Verbindung und versuche, eine funktionierende Organisationsform zu finden. Dies sei dem Land und der Regionale-Agentur mitgeteilt worden.

Er weist darauf hin, dass der Projektkoordinator keinen vertraglichen Anspruch auf eine Weiterbeauftragung habe. Inzwischen habe das Ministerium den Projektkoordinator gebeten, dem Ministerium einen Bericht über die bis zum Vertragsende geleistete Arbeit zu erteilen. Dieser Bericht sei zunächst der Stadt Köln, dem Vertragspartner, zur Verfügung gestellt worden. Dieser sei inzwischen, kommentiert durch das Büro des Oberbürgermeisters, an das Ministerium weitergeleitet worden. Die Verwaltung stehe auf dem Standpunkt, dass es keinen Sinn mache, einen Bericht, welcher drei Partner betreffe, unkommentiert dem Ausschuss Kunst und Kultur vorzulegen.

RM Mölller weist darauf hin, dass ihres Erachtens der Ratsbeschluss eine Trägerschaft des jüdischen Museums zumindest vorsehe, um eine Möglichkeit vorzuhalten das Museum eigenständig zu betreiben. In diesem Zusammenhang gehe es auch nicht um die Finanzierung der Kosten des Bauprojektes, sondern um die Kostenminimierung der Betriebskosten. Dies sei nicht zufriedenstellend beantwortet.

Herr Stumm erläutert, dass politische Beschlüsse zu einer Trägerschaft des Jüdischen Museums der Verwaltung nicht bekannt seien. Er bestätigt, dass es den Wunsch gegeben habe, mit dem Landschaftsverband Gespräche zu führen. Dabei habe sich herauskristallisiert und konkretisiert, dass man nicht über Investitionskosten rede, sondern über eine Beteiligung an den Betriebskosten. Er erklärt weiter, dass es hierzu Gespräche mit dem Büro des Oberbürgermeisters gegeben habe und man sei so verblieben, wie es in der Mitteilung dargestellt worden sei. Offen sei weiterhin die Frage, ob es eine Mitträgerschaft seitens des Landschaftsverbandes gebe, in welcher Form und quantitativen Zusammensetzung dies passiere und ob sich diese Trägerschaft lediglich auf die jüdische Abteilung innerhalb der Archäologischen Zone oder auf das Gesamtprojekt beziehe.

Frau Brunn zeigt auf, dass der Ratsbeschluss eine Eigenständigkeit des Teils des jüdischen Museums vorsehe und dabei ginge es natürlich auch um den Betrieb. Sie bedauert, dass es scheinbar keine weitere Überlegungen und Gespräche bezüglich einer Umsetzung geführt worden seien.

Herr Stumm erklärt, dass eine Beteiligung des LVR weiterhin offen sei.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **11 Mündliche Anfragen**

### **11.1 Gedenktafel zum Einsturz des Historischen Archivs**

Herr Dr. Soénus erinnert an seine Anfrage aus einer der letzten Sitzungen des Ausschusses Kunst und Kultur, an der Unglücksstelle eine Gedenktafel aufzustellen, welche die Kölner Bürger informiere, dass an dieser Stelle das Historische Archiv gestanden habe. Dies sei bisher noch nicht umgesetzt worden und es wäre wünschenswert, wenn dies bis zum 3. März 2011 geschehe.

Beigeordneter Prof. Quander antwortet, dass er die Anregung an das Büro des Oberbürgermeisters weitergeleitet habe. Er weist darauf hin, dass es diesbezüglich weitere Initiativen gebe. Er sagt zu, den aktuellen Sachstand abzufragen.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes ergänzt, dass man vor geraumer Zeit ein Angebot von Kölner Künstlerinnen und Künstlern bekommen habe, ein solches Projekt zu planen und mit dem Oberbürgermeister bereits Gespräche führe.

Beigeordneter Prof. Quander hält es für sinnvoll, dass dies koordiniert werde.

Herr Dr. Soénus hebt hervor, dass es ihm zunächst um eine entsprechende Informationstafel der Stadt Köln gehe. Dies sei die Anregung des Fördervereins gewesen, die er als Anfrage vorgetragen habe.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister hält es für richtig, dies sowohl künstlerisch als auch verwaltungstechnisch zu koordinieren.

### **11.2 Triennale Musikfestival**

RM von Bülow berichtet, dass sie aus der Presse erfahren habe, dass es ein neues Triennale Musikfestival geben werde. In der entsprechenden Beschlussfassung sei vorgesehen, dass dem Ausschuss Kunst und Kultur das Konzept vorgelegt werde bevor das Projekt starte. Sie fragt, wann dem Ausschuss das entsprechende Konzept zur Verfügung gestellt werde.

Beigeordneter Prof. Quander zeigt auf, dass er das Konzept noch nicht kenne. Dies werde erst in der nächsten Aufsichtsratssitzung der MusikTriennale GmbH und der KölnMusik GmbH seitens des Intendanten vorgestellt. Er hätte es vorgezogen, wenn das Konzept zunächst dort vorgestellt worden wäre und anschließend in der Presse. Schließlich sei der Aufsichtsrat das Gremium, wo dies zunächst hingehöre. Er weist darauf hin, dass es im nächsten Jahr eine Sonderausgabe der Triennale gebe, welche vom Aufsichtsrat bereits beschlossen worden sei.

Frau Brunn zeigt auf, dass es gegenüber der Philharmonie nicht fair sei, wie die Debatte hier geführt werde. Es sei bereits im Aufsichtsrat beschlossen worden, dass 2011 diese Veranstaltung stattfinde.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet darum, dem Ausschuss Kunst und Kultur das entsprechende Konzept vorzulegen.

### **11.3 Freier Eintritt im Museum Ludwig**

RM Zimmermann weist auf einen Pressebericht hin, dem zu entnehmen gewesen sei, dass 60 Prozent der Besucher des Museums Ludwig freien Eintritt erhalten. Er fragt, ob man detaillierte Zahlen bekommen könne.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist diesbezüglich auf entsprechende Leserbriefe in der Presse hin. Hier sei der allgemeine Tenor, dass man unter der Hand Ehrenkarten vergebe. Daher unterstütze sie die öffentliche Klärung.



Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass es sich hier um eine Fehlinformation handeln müsse. Er räumt ein, dass es durch den KölnTag und freien Eintritt für Jugendliche bis 18 Jahre einen erheblichen Anteil von nicht zahlenden Besuchern gebe.

Museumsreferent Troost ergänzt, dass der freie Eintritt bei den KölnTagen und den Schülerkarten nicht für Sonderausstellungen gelte. Der Anteil freier Besucher bei Sonderausstellungen betrage höchstens 20 Prozent. Er sagt zu, dass man die entsprechenden Zahlen detailliert nachliefere.

RM Welcker fragt, ob hierbei auch die Personen gezählt werden, die ein Jahresabonnement besitzen.

Museumsreferent Troost bejaht dies und erklärt, dass es eine Jahreskarte einschließlich der Sonderausstellungen und eine Jahreskarte ohne Sonderausstellungen gebe.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet darum, dies ausführlich in Form einer Mitteilung darzustellen und entsprechend an die Öffentlichkeit zu kommunizieren.

Herr Sörries schlägt vor, die entsprechende Satzung für die Vergabe von Freikarten dem Ausschuss Kunst und Kultur zur Verfügung zu stellen.

Museumsreferent Troost weist darauf hin, dass in der Benutzungsordnung, die am 1. November 2010 in Kraft getreten sei, die freien Entgelttatbestände erschöpfend geregelt sind.

Auf Anfrage von Bürgermeisterin Scho-Antwerpes erläutert er, dass die Mitglieder des Rates gegen Vorlage eines entsprechenden Ausweises ebenfalls freien Eintritt haben.

#### **11.4 Butzweiler Hof**

RM Zimmermann weist darauf hin, dass die Stadt Köln diesbezüglich Verhandlungen mit dem LVR führe. Er fragt, mit welcher Priorität die Zusammenarbeit geplant und wie der aktuelle Sachstand hierzu sei.

Beigeordneter Prof. Quander erläutert, dass es hierzu eine entsprechende Ratsvorlage gebe.

RM Zimmermann zeigt auf, dass man dies durchaus als kulturelles Projekt betrachten könne. Da die Stadt Köln nun mit zwei Projekten versuche mit dem LVR eine Partnerschaft aufzubauen, würde ihn die Meinung des Kulturdezernenten interessieren, ob es forciert werden solle, den Butzweiler Hof zu realisieren.

RM Dr. Elster fragt, inwieweit die Kooperation mit der Stadt Köln und dem LVR bezüglich des Standortes Butzweiler Hof ausgestaltet werden könne und ob der Kulturverwaltung zum Thema Kulturdenkmal und dem Verlauf der Trasse der Bahn etwas bekannt sei.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass dies aufgeklärt werden müsse und zu einer der nächsten Sitzungen schriftlich beantwortet werde.

#### **11.5 Energiekosten im Museum Ludwig**

Frau Ruiten erinnert an ihre mündliche Anfrage aus einer der letzten Sitzungen bezüglich der Energiekosten im Museum Ludwig. Sie habe danach gefragt, wie es dazu gekommen sei, dass diese innerhalb eines Jahres erheblich gestiegen seien.

#### **11.6 Gastronomie im Museum Ludwig**

RM Möller weist darauf hin, dass sich die Außengastronomie auf dem Kunstwerk Ma'alot ausgedehnt habe. Inzwischen befinden sich dort sogar einige Buden in Form

von Plastikweihnachtsbäumen. Sie fragt, ob das Museum keinen Einfluss auf die Gestaltung der Gastronomie habe.

### **11.7 Ausschreibung Neubau Historisches Archiv**

Frau van Duiven weist darauf hin, dass die Möglichkeit initiiert worden sei, den Neubau des Historischen Archivs künstlerisch zu gestalten. Sie fragt, ob dies im Rahmen der Ratsentscheidung berücksichtigt worden sei.

Beigeordneter Prof. Quander sagt aus, dass die Anregung entsprechend weitergeleitet worden sei.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Dr. Eva Bürgermeister  
(Vorsitzende)

gez. Uwe Freitag  
(Schriftführer)